

Außerordentlicher Landesparteitag am 22. Oktober 2011 in Fürstenwalde/Spree

Beschluss

Seite 1 von 6

1 Freiheit und Wettbewerb als Grundlage für eine bessere Bildung

2 3 I. Grundsatz

4
5 Für die FDP ist Bildung ein Bürgerrecht. Dies setzt voraus, dass alle Kinder faire Startchancen erhalten.
6
7

8 Bildung ist für Liberale mehr als nur Wissensvermittlung, Bildung ist Freiheit (Ludwig Börne).
9 Toleranz, Eigenverantwortung und Freiheit sind Werte, die wir vermitteln wollen. Für Liberale steht
10 fest: Bildung ist ein elementarer Bestandteil zur Persönlichkeitsentwicklung. Bildung ist der Rohstoff
11 des 21. Jahrhunderts. Sie ist die Grundlage für eine aufstiegsorientierte Gesellschaft.
12 Aus diesem Verständnis heraus sind für Liberale Investitionen in den Bildungsbereich die beste Zu-
13 kunftsinvestition für unsere Heimat Brandenburg.
14

15 Der erste und wichtigste Ort, an dem Bildung vermittelt wird, ist die Familie. Kinder haben ein Recht
16 auf Bildung und Erziehung innerhalb der Familie. Aufgabe staatlichen Handelns ist die Unterstüt-
17 zung der Eltern, damit sie diesen Auftrag vollumfänglich wahrnehmen können.
18

19 Aufgabe des Staates ist die Unterstützung von Familien und Bildungseinrichtungen. Die besten Bil-
20 dungsangebote entstehen vor Ort und im Wettbewerb miteinander. Private Angebote dürfen dabei
21 nicht benachteiligt werden. Das gilt für Kinderbetreuungseinrichtungen ebenso wie für Schulen in
22 freier Trägerschaft. Denn erst durch ein **möglichst vielfältiges Angebot** wird die beste Qualität
23 sichergestellt. Zugleich sorgen wir aber auch für länderübergreifende Bildungsstandards und bun-
24 desweit vergleichbare Bildungsabschlüsse. Dies soll auf dem Wege der Selbstkoordinierung durch
25 die Bundesländer unabhängig vom Bund erfolgen.
26

27 In einer Welt, in der sich das Wissen immer schneller vermehrt, ist Bildung ein lebenslanger Pro-
28 zess, bei dem die Förderung von Methodenkompetenz wichtiger ist als die Vermittlung von Inhalten.
29 Jeder Bürger hat das Recht, aber auch die Pflicht, sich kontinuierlich weiterzubilden. Die Angebote
30 für lebenslanges Lernen sollen vorrangig aus der Wirtschaft und der Gesellschaft kommen, der
31 Staat wird nur nachrangig tätig.
32

33 II. Frühkindliche Bildung

34
35 Bildung beginnt nicht erst mit dem Eintritt in die Grundschule. In keiner Lebensphase sind Men-
36 schen so lernfähig, wie in der frühen Kindheit.
37

38 **Frühkindliche Bildung ist der entscheidende Faktor für soziale Integration und Chancenge-**
39 **rechtigkeit** von Beginn an.
40

41 Frühkindliche Bildung in Familien und in Bildungseinrichtungen dient den Startchancen eines jeden
42 Kindes und der Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft.
43

44 Frühkindliche Betreuung der unter 3jährigen in Betreuungseinrichtungen dient nicht zuletzt der Ent-
45 lastung von Vätern und Müttern und damit gleichfalls der Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft
46 und sollte deshalb beitragsfrei sein.
47

48 Der Umgang mit den unterschiedlichen Interessen und Neigungen, Begabungen und Beeinträchti-
49 gungen der Kinder stellt Erzieherinnen und Erzieher täglich vor große Herausforderungen. Zugleich

50 sind die Anforderungen an die Managementfähigkeiten der Kita-Leitungen gestiegen. Auch die An-
51 sprüche von Eltern und Gesellschaft wachsen. Heute werden von den Erzieherinnen und Erziehern
52 nicht nur eine verlässliche Betreuung, sondern auch eine individuelle Förderung des Kindes sowie
53 eine Wertevermittlung in der Gemeinschaft der Jüngsten miteinander erwartet. Nötig ist auch eine
54 Aufwertung des Erzieherberufs hinsichtlich Ausbildung und gesellschaftlichem Ansehen.

55
56 Eine enge Kooperation und Verzahnung von Kindertagesbetreuung und Grundschulen ist notwen-
57 dig, um den Übergang in die Schule für die Kinder erzieherisch richtig zu gestalten.

58
59 Die FDP Brandenburg setzt sich deshalb dafür ein, dass

- 60
61 1. ein Stufenkonzept für eine Verbesserung der Betreuungsrelation in den Kindertagesstätten
62 erarbeitet wird.
- 63 2. die Leiterinnen und Leiter von Kindertagesstätten freigestellt werden für die Leitungstätigkeit
64 und nicht in die Berechnung der Betreuungsrelation mit aufgenommen werden.
- 65 3. die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel für eine bessere Sprachförderung bereitge-
66 stellt werden.

67 68 69 **III. Schulische Bildung**

70
71 Internationale Studien bestätigen, dass die Leistungen von Schülern besser ausfallen, je eigenver-
72 antwortlicher ihre Schule ist. Leistungsziel und Output müssen definiert werden. Liberale Schulpoli-
73 tik will den Schulen daher deutlich mehr Freiheit geben, weil diese selbst am besten wissen, wie sie
74 ihre Schüler optimal fördern können. Kreativität und Dynamik werden sich nur dann wieder zeigen,
75 wenn Schulen nicht mehr von oben nach unten verwaltet werden.

76
77 Die Trennung der Zuständigkeit für das pädagogische Personal auf der einen und für das sonstige
78 Personal und die Sachmittel auf der anderen Seite, also die inneren und äußeren Schulangelegen-
79 heiten, muss aufgehoben werden, um Bildung aus einer Hand zu gewährleisten. Der gesellschaftliche
80 Status des Lehrers muss gestärkt werden.

81
82 Sowohl das pädagogische wie auch das sonstige Personal sind künftig beim Schulträger anzustel-
83 len. Dies ist nicht vereinbar mit der Verbeamtung von Lehrern. Lehrerinnen und Lehrer werden aus
84 liberaler Sicht künftig nicht mehr verbeamtet.

85
86 Den Schulen ist die volle Personalverantwortung zu übertragen. Schulleiter sollen Dienstvorgesetzte
87 sein. Neueinstellungen werden vom Träger vorgenommen.

88 Das Land stellt eine ausreichende finanzielle Ausstattung sicher und legt den Personalschlüssel für
89 die jeweiligen Schulen fest, der vom Land übernommen wird.

90
91 Für Liberale ist jeder Schüler gleich viel Wert. Deshalb ist eine Umstellung des Finanzierungssys-
92 tems für Schulen erforderlich. Über die Abrechnung von Schülervollkosten werden künftig alle Kin-
93 der gefördert, unabhängig davon, welche Schule sie besuchen.

94
95 Durch eigenverantwortliche Bildungseinrichtungen werden nicht nur regionale und fachliche
96 Schwerpunkte gefördert, sondern den Eltern und Kindern ein breites Angebot an verschiedenen
97 Bildungsansätzen offeriert. Liberale geben keinem Schulsystem und keiner ideologischen Struktur
98 einen Vorzug. Vielmehr setzt sich im Wettbewerb vor Ort das beste Schulangebot durch.

99
100 Durch die demografischen Veränderungen, aber auch durch eine wachsende Nachfrage nach alter-
101 nativen Bildungsangeboten, sind strukturelle Veränderungen unvermeidbar. Dabei gilt es, neben der
102 Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen und dem Wettbewerb der Ideen auch ein gymnasial-
103 es Angebot sicherzustellen.

104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114

Unabhängig von der Organisation der Schulstruktur setzen Liberale auf die Durchlässigkeit der Systeme. Die Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Schulform darf kein Einschnitt in die persönliche Bildungsbiographie sein, sondern muss die aktuell bestmögliche individuelle Förderung sicherstellen, ohne den späteren Wechsel auf eine andere Schule unmöglich zu machen.

109
110
111
112
113
114

Unabhängig von der Organisation von Schule benötigen wir jedoch eine Schule, die individuelle und begabungsgerechte Förderung zulässt. Zudem muss künftig in den Schulen eine verstärkte und wirkungsvolle Berufs- und Studienorientierung geleistet werden. Ferner muss die generelle Medienkompetenz unserer Kinder im Hinblick auf die Herausforderungen und Chancen der digitalen Welt gestärkt werden.

115
116
117
118
119
120
121
122
123
124

Die Liberalen in Brandenburg sehen die Lehrerausbildung als bedeutsame Investition in die Zukunft. Der Lehrerberuf ist eine wichtige Stellschraube für erfolgreiche Bildung. Parallel zur theoretischen Ausbildung an der Universität (Erziehungswissenschaften und den Fächern) benötigt es praktische Anteile in Form von Praktika an den Schulen. Der frühe Einblick in schulische Abläufe sowie die Erprobung von Unterricht während der gesamten Zeit des Studiums sind für eine erfolgreiche Lehrerausbildung immanent wichtig. Damit die Lehrer auch verändernde didaktisch-methodische Theorien und Modelle erlernen sowie in ihren Unterricht einbauen können, vor allem vor dem Hintergrund des lebenslangen Lernens, sollen sie verbesserte Möglichkeiten der Weiterbildung bekommen. Dies dient sowohl der Qualitätssicherung als auch der Aktualisierung der Lehre.

125
126

Für die FDP Brandenburg ist es daher unerlässlich, dass

- 127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
1. die Klassenstärken insbesondere in den Grundschulklassen gesenkt werden. Dabei sollen pro Klasse nicht mehr als 23 Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden.
 2. Teilungs- und Förderunterricht tatsächlich stattfindet. Nicht erteilter Teilungs- und Förderunterricht muss künftig in der Unterrichtsausfallstatistik erscheinen.
 3. neben dem pädagogischen Personal weitere Professionen in einem Team arbeiten innerhalb der Schule. Deshalb setzen wir uns ein für mehr Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen. Hier sind sowohl das Land als auch der Bund gefordert. Über das SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfegesetz hat der Bund jederzeit die Möglichkeit, ein Schulsozialarbeiterprogramm ins Leben zu rufen, ebenso wie das Land diese Möglichkeit jederzeit nutzen kann, den schulpsychologischen Dienst auszubauen.
 4. das Land künftig mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellt. Mindestens die Zahl der ausscheidenden Lehrerinnen und Lehrer muss entsprechend des zu erwartenden Bedarfes ersetzt werden.

142
143

IV. Inklusion

144
145
146
147
148

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist ein Meilenstein auf dem Weg zu vollständiger Gleichberechtigung, Teilhabe und Chancengleichheit behinderter Menschen. Selbstbestimmung, vollständige gesellschaftliche Teilhabe und die Sicherung von Chancengerechtigkeit sind selbstverständliche Bestandteile liberaler Gesellschaftspolitik.

149
150
151
152

Durch die Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen haben sich die Bundesrepublik Deutschland und ihre Länder verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem zu schaffen.

153
154
155
156

Um das Hauptziel der Konvention, nämlich das Begreifen von Behinderung nicht als Schwäche, sondern als menschliche Normalität, zu erreichen, bedarf es einer sorgfältigen und öffentlichen Diskussion sowie einer Überprüfung unserer politischen, rechtlichen und sozialen Realität.

157 Die FDP steht hinter dem Ziel der Inklusion von Menschen mit Behinderungen auch im Bildungsbe-
 158 reich. Dabei orientieren wir uns jedoch insbesondere am Wohl des Kindes. Dort, wo Inklusion mög-
 159 lich ist, soll sie stattfinden, dort wo eine getrennte Förderung nötig ist, soll sie auch möglich sein.
 160 Wir stellen ausdrücklich fest, dass ein inklusives Bildungssystem die Existenz von Förderschulen
 161 nicht ausschließt. Liberale wollen das Wahlrecht der Eltern stärken und ihnen die notwendigen Ent-
 162 scheidungsmöglichkeiten eröffnen.

163
 164 Inklusion führt zu Toleranz und Verständnis von Menschen, die unterschiedlich sind. Diese Toleranz
 165 und dieses Verständnis wollen Liberale fördern.

166
 167 Dabei ist uns bewusst, dass die Inklusion im Bildungsbereich eine tiefgehende Veränderung der
 168 Regelschulsysteme in Deutschland voraussetzt. Ein inklusives Bildungssystem ist nur möglich,
 169 wenn Regelschulen inklusiver werden. Dazu sind die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen,
 170 damit alle Kinder, die eine Schule besuchen wollen, von dieser auch aufgenommen werden können.

171
 172 Für die FDP Brandenburg steht fest, dass folgende Bedingungen erfüllt sein müssen, bevor Inklusi-
 173 on in aller Konsequenz umgesetzt werden kann:

- 174
- 175 1. die Senkung der Klassengrößen entsprechend der geltenden Sonderpädagogik-VO sowie
 - 176 die Erhöhung der Einstellungszahlen der Lehrerinnen und Lehrer
 - 177 2. die Verminderung von Unterrichtsausfall und des Ausfalls von Teilungs- und
 - 178 Förderstunden
 - 179 3. die Verankerung der sonderpädagogischen Ausbildung in allen Formen der
 - 180 Lehrerausbildung aller Schulformen sowie ein Konzept für konkrete Maßnahmen zur
 - 181 Lehrerfort- und -weiterbildung
 - 182 4. die Notwendigkeit der Veränderung der pädagogischen Konzepte von Unterricht
 - 183 und Lernen
 - 184 5. die Frage der Finanzierung, insbesondere die der notwendigen baulichen
 - 185 Veränderungen, durch die Landesregierung vollständig geklärt ist und dabei das
 - 186 Konnexitätsprinzip umgesetzt wird
 - 187 6. dass in Vorbereitung auf die inklusive Schulbildung auch
 - 188 Informationsveranstaltungen in den allgemeinbildenden Schulen / Regelschulen
 - 189 stattfinden, um Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrer auf dieses Vorhaben
 - 190 vorzubereiten.

191

192

193 **V. Hochschulbildung**

194

195 Die Brandenburger Hochschulen sind Ausgangspunkt für neues Wissen und Innovation. Sie haben
 196 eine herausgehobene Stellung für die höchste Qualifizierung der Jugend und sind zugleich ein ent-
 197 scheidender Wirtschaftsfaktor. Mit ihren drei Universitäten und den 5 Fachhochschulen, den priva-
 198 ten Hochschuleinrichtungen sowie der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ bietet die
 199 brandenburgische Hochschullandschaft das Potential, zu einem Innovationsmotor des Landes zu
 200 werden. Dafür benötigen die Hochschulen aber die strukturelle und finanzielle Planungssicherheit,
 201 um qualitativ hochwertige Lehre und exzellente wissenschaftliche Leistung anbieten zu können.
 202 Dafür ist es unerlässlich, den Hochschulen einen möglichst hohen Grad an Autonomie zu belassen.

203

204 Die FDP Brandenburg möchte den Hochschulen durch die Abschaffung einschränkender und be-
 205 hindernder Vorschriften mehr Freiheit geben. Dazu gehören

- 206 1. die Ersetzung der Kapazitätsverordnung durch das „Geld folgt Studierenden“ - Modell, damit
- 207 die Studierenden und nicht starr festgelegte Kapazitätsgrenzen über die Betreuungsrelation
- 208 entscheiden,
- 209 2. die Reformierung der Lehrverpflichtungsverordnung hin zu individuellen Zielvereinbarungen
- 210 zwischen Hochschule und Lehrendem,

- 211 3. das Recht der Hochschulen, von ihren Studierenden nachgelagerte Studienentgelte zur Ver-
 212 besserung der Lehrqualität zu erheben. Voraussetzung dafür ist, dass die strukturelle Unter-
 213 finanzierung der Hochschulen durch das Land vorher beseitigt wird. Studienentgelte dürfen
 214 nicht die staatliche Grundfinanzierung ersetzen.
 215 4. die Überprüfung aller weiteren Vorschriften und Überführung der sinnvollen Regelungen in
 216 ein schlankes Hochschulfreiheitsgesetz.
 217

218 Liberale Hochschulpolitik orientiert sich vor allem an den Studierenden. Diese stehen im Mittelpunkt
 219 der Bemühungen, die brandenburgische Hochschullandschaft an die Spitze zu führen. Forschung
 220 und Technologietransfer sind enorm wichtig für Brandenburg, die Studienbedingungen an den
 221 Hochschulen dürfen aber deswegen nicht zurückgestellt werden. Dafür fordert die FDP Branden-
 222 burg:

- 223 1. bessere Studienfach- und Studienfinanzierungsberatung bereits vor Erreichen der Sekun-
 224 darstufe II. Durch ausführliche Beratung werden weniger potentielle Studierende vom Studi-
 225 um abgehalten und die Anzahl der Studienabbrecher verringert.
 226 2. Anreizsysteme für qualitativ hochwertige Lehre. Zukünftig muss bei der Finanzierung der
 227 Hochschule sowie bei der Auswahl von Hochschulpersonal die Qualität der Lehre eine ent-
 228 scheidende Stellung einnehmen.
 229 3. Veränderung des Hochschulrechtes, so dass die zusätzliche Einstellung von Lehrpersonal
 230 nicht automatisch zur Ausweitung der Kapazität führt.
 231 4. Flächendeckende Evaluation der Lehrveranstaltungen, damit Lernende und Lehrende ge-
 232 meinsam Hochschulbildung gestalten.
 233 5. Verbesserung des Übergangs vom Bachelor- ins Masterstudium durch die Vermeidung von
 234 unsachgemäßen Hürden in der Zulassung sowie die Umkehr der Beweislast in Anerken-
 235 nungsfragen bei konsekutiven Masterstudiengängen.
 236
 237

238 VI. Berufliche Bildung

239
 240 Das deutsche Berufsbildungssystem ist eine tragende Säule zur Sicherung unseres
 241 Fachkräftebedarfs und damit der Wirtschaftskraft unseres Landes. Damit das erfolgreiche System
 242 der dualen Berufsausbildung funktions- und zukunftsfähig bleibt, muss es auf die anstehenden Her-
 243 ausforderungen unserer Zeit angepasst und ausgerichtet werden. Angesichts des demographischen
 244 Wandels ist zu erwarten, dass das Gesamtpotential für die Ausbildungsnachfrage in den nächsten
 245 Jahrzehnten deutlich zurückgehen wird. Während es früher einen Mangel an Ausbildungsplätzen
 246 gab, gibt es zukünftig eher einen Mangel an Bewerbern. Gleichzeitig steigen die Anforderungen
 247 einer globalisierten Wirtschafts- und Arbeitswelt an jeden einzelnen Lehrling.
 248

249 Wichtig ist es, die Berufsausbildung nicht isoliert zu betrachten, sondern sie gemeinsam mit schuli-
 250 scher und akademischer Bildung in den Gesamtzusammenhang des Bildungssystems zu setzen.
 251 Die FDP Brandenburg setzt sich im Zuge der Europäisierung des beruflichen Bildungswesens dafür
 252 ein, dass unsere duale Ausbildung im Deutschen Qualifikationsrahmen und bei der Entwicklung des
 253 Europäischen Leistungspunktesystems angemessen hoch eingestuft wird.
 254

255 Ziel aller beruflichen Bildungsgänge ist die Vermittlung beruflicher Handlungskompetenz. Besonders
 256 die Befähigung für lebenslanges Lernen ist die Basis zur Beschäftigungssicherung. Dabei muss das
 257 berufliche Bildungswesen Chancen bieten sowohl für leistungsstarke Jugendliche als auch für leis-
 258 tungsschwächere, eine ihnen gemäße berufliche Qualifikation zu erreichen. Die wachsenden Anfor-
 259 derungen an Bewerber und die hohe Zahl an Ausbildungsabbrüchen erfordern eine stärkere Orien-
 260 tierung an der Ausbildungsreife der Schulabgänger. Für ihre Lernmotivation ist die verstärkte Be-
 261 ruforientierung auch an allgemeinbildenden Schulen eine unerlässliche Maßnahme.
 262

263 Die Einrichtungen der beruflichen Bildung müssen Menschen mit Behinderungen zugänglich ge-
 264 macht werden, wie es mit barrierefreien Betriebsgebäuden, technischen Hilfsangeboten, digital ver-

265 fügbaren Lernmitteln, speziellen Beratungsangeboten, flexiblen Lernzeiten und Prüfungsbedingun-
266 gen möglich ist. In Werkstätten soll eine gezielte Weiterbildung für Menschen mit geistiger oder
267 psychischer Behinderung vermittelt werden.
268

269 Die FDP Brandenburg erwartet von der Wirtschaft, dass sie den von ihr benötigten Fachkräfte-
270 nachwuchs primär in eigener Verantwortung ausbildet und dabei möglichst allen Bewerbern ein
271 ausreichendes Angebot an wesentlichen Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellt. Die Wirtschaft
272 leistet damit auch einen wesentlichen sozialen Beitrag für die Gesellschaft.
273

274 Technologische Entwicklungen, Verlagerungen von Produktionszweigen ins Ausland und sich wan-
275 delnde Berufsbilder erfordern flexible Ausbildungsordnungen. Einer breiten beruflichen Grundbil-
276 dung müssen Möglichkeiten zur Spezialisierung folgen. Um die Transparenz, Durchlässigkeit und
277 die Mobilität in der beruflichen Bildung zu fördern, befürwortet die FDP Brandenburg im Zuge der
278 Modernisierung der dualen Ausbildung ein System von gestuften Grund-, Spezial- und Wahlpflicht-
279 bausteinen unter Beachtung des Berufsprinzips. Dabei wird zwischen Berufen mit zwei- und dreijähr-
280 iger Ausbildungszeit unterschieden. Berufe mit zweijähriger Ausbildungszeit mit der Möglichkeit zur
281 Weiterqualifizierung sollten vermehrt eingeführt werden. Dabei muss der Anschluss an eine grund-
282 ständige 3,5-jährige Ausbildung gewährleistet sein. Außerdem muss der Ausbau der Zusatzqualifi-
283 kationen im Rahmen einer dualen Ausbildung vorangetrieben werden.
284

285

286 **VII. Lebenslanges Lernen**

287
288 Mehr als früher gibt es heute keinen Zeitpunkt mehr, an dem der Prozess des Wissenserwerbs
289 endgültig abgeschlossen wäre. In der modernen Wissensgesellschaft hat man nie „ausgelernt“ –
290 vielmehr beruht gesellschaftliche Teilhabe und beruflicher Erfolg auf der Bereitschaft, ein Leben
291 lang kontinuierlich Wissen und Kompetenzen zu erwerben.

292 Nicht zuletzt deswegen ist es erforderlich, dem Prozess und den Rahmenbedingungen des Lebens-
293 langen Lernens ein höheres Maß an Aufmerksamkeit zu schenken. Der im Vergleich zu Bildungs-
294 angebotenen auf allgemeinbildendem oder akademischem Niveau weitgehend als informell und un-
295 systematisch wahrgenommene Charakter der Weiterbildung hat dazu geführt, dass dem Weiterbil-
296 dungsbereich die ihm eigentlich zustehende Bedeutung nicht beigemessen wurde. Wir müssen in
297 unserer Gesellschaft, die durch immer kürzer werdende Innovationszyklen und eine immer länger
298 werdende Lebensspanne der Bürger gekennzeichnet ist, dafür sorgen, dass die Weiterbildung und
299 das Lebenslange Lernen einen Rahmen und eine Förderstruktur finden, welche der Bedeutung ge-
300 recht werden. Die Chancen der digitalen Welt sollten allen Bürgern jeden Alters zugutekommen,
301 weshalb die Medienkompetenz im Hinblick auf das lebenslange Lernen besonders im Fokus steht.
302

303

304 **VIII. Finanzierung**

305
306 Für Liberale sind Bildungsmaßnahmen Investitionen in die Zukunft, die eine hohe Rendite bringen.
307 Die Folgekosten für versäumte Bildungsmaßnahmen sind deutlich höher als die Maßnahmen zum
308 richtigen Zeitpunkt. Deswegen darf Bildung auch in Zeiten knapper Kassen nicht zu einem Einspar-
309 posten im Haushalt werden.
310

311 Künftig muss Bildung verstärkt als nationale Aufgabe gesehen und finanziert werden. Deshalb ist es
312 unumgänglich, dass der Bund sich stärker an der Finanzierung der Bildungsinfrastruktur beteiligt,
313 auch im Rahmen seiner bereits bestehenden Möglichkeiten.